



## Falsche Weichenstellung bei der Hungerbekämpfung

Pressemitteilung von Eva Schreiber, 11. Oktober 2018

**„Die Bundesregierung sollte den Welthungerindex 2018 genau studieren. Denn aus dem Bericht geht klar hervor, dass sie mit ihrer aktuellen Politik ausgerechnet jene Menschen zunehmend im Stich lässt, die am meisten von Hunger und Unterernährung betroffen sind“, erklärt Eva-Maria Schreiber, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Welternährungspolitik. Schreiber weiter:**

„Krieg und Vertreibung zählen zu den wichtigsten Faktoren, warum Menschen Hunger leiden. Doch Finanzminister Olaf Scholz scheint die schwarze Null wichtiger zu sein als das Leid von Millionen Menschen. So hat Entwicklungsminister Müller vor Kurzem angekündigt, dass die Bundesregierung die finanziellen Zuwendungen für das Welternährungsprogramm, welches weltweit Flüchtlinge versorgt, kürzen müsse, sollte das Finanzministerium nicht mehr Haushaltsgelder freigeben. Zugleich arbeitet die Bundesregierung mit allen Mitteln daran, Flüchtlinge von der Überfahrt von Libyen über das Mittelmeer abzuhalten – einem Land, das laut aktuellem Welthungerindex besonders stark

von Hunger und Unterernährung betroffen ist. So lässt die Bundesregierung die Hungernden gleich doppelt im Stich.

Zudem konzentriert die Bundesregierung ihre Entwicklungszusammenarbeit immer stärker auf wirtschaftlich aufstrebende Staaten, die für deutsche Unternehmen interessant sind. Für die ärmsten Länder gibt es hingegen immer weniger Geld. Genau dort leben aber die meisten Hungernden, die Unterstützung am dringendsten benötigen.

Die Bundesregierung redet gern davon, dass sie helfen möchte, eine Welt ohne Hunger zu schaffen. Wenn sie es damit ernst meint, muss sie die Weichen ihrer Politik umstellen: mehr Geld statt weniger für akute Hungerbekämpfung, sichere Passage für Flüchtlinge sowie eine Konzentration der Entwicklungszusammenarbeit auf die ärmsten Entwicklungsländer.“